

Sitzungsvorlage Nr. V/2020/1466

Zuständig: Fachbereich Jugend
Verfasser: Hollekamp, Wilfried



Ahaus, 03.08.2020

Beratungsfolge

Jugendhilfeausschuss

24.08.2020 TOP Ö 5

Beratungsgegenstand

Kooperationsvereinbarung zum Informationsaustausch zwischen den Jugendämtern im Kreis Borken und der Polizeibehörde Borken

Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Kooperationsvereinbarung zwischen den Jugendämtern im Kreis Borken und der Kreispolizeibehörde Borken zur Kenntnis.

Sachdarstellung

Anfang 2019 wurde von den zuständigen Ermittlungsbehörden über den schweren sexuellen Missbrauch von Kindern in Lügde im Kreis Lippe berichtet. Die Staatsanwaltschaft Detmold ging zu dem Zeitpunkt von mehr als 1000 Einzeltaten an über 40 Kinder aus. Über 10 Jahre wurden Kinder auf einem Campingplatz in Lügde-Elbrinxen missbraucht.

Im Laufe des Verfahrens wurden viele Missstände in der Fallbearbeitung auf Seiten der Behörden festgestellt und auch die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Behörden deutlich bemängelt.

Um sich über die Zusammenarbeit zwischen den Jugendämtern und der Polizeibehörde im Kreis Borken auszutauschen, hat Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster die Dezernats- und Jugendamtsleitungen sowie entsprechende Führungskräfte der Polizeibehörde zu einem 1. gemeinsamen Treffen am 10.07.2019 ins Kreishaus eingeladen. Schon zu diesem Zeitpunkt bezeichneten alle Beteiligten die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den einzelnen Jugendämtern auf Kreisebene als gut. Um allen Mitarbeiter/innen zukünftig noch mehr Sicherheit und Klarheit zu bieten, wurde eine schriftliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit empfohlen.

Unter Beteiligung von Fachleuten der Jugendämter und der Kreispolizeibehörde wurde die beiliegende Kooperationsvereinbarung zum Informationsaustausch erstellt.

Finanzielle Auswirkungen

☐ Ja ☒ Nein

Anlagen

Anlage 01 - Kooperationsvereinbarung